



Pressemitteilung

Embargo 21. Juni, 11.30 Uhr

Ein neues Abkommen gegen die Folter – ohne die Schweiz

Genf, 21 Juni 2006. Die *Association pour la prévention de la torture (APT)* ist stolz darauf, dass das Zusatzprotokoll zur Anti-Folter-Konvention der UNO, das auf ihre Initiative zurückgeht, heute in Kraft tritt. Das bedeutet ein grosser Fortschritt in der Folterprävention, insbesondere in einer Zeit, in der das absolute Folterverbot wieder vermehrt in Frage gestellt wird. Dieses Abkommen sieht regelmässige Besuche eines internationalen Organs und einer nationalen Kommission an allen Haftorten vor. Die Schweiz war zwar eine der Treibkräfte hinter der Annahme dieses Instrumentes, zählt aber jetzt leider nicht zu den zwanzig ersten Mitgliedstaaten.

Ein innovativer Präventionsansatz

Dem Protokoll liegt die Idee zugrunde, dass dank regelmässiger Besuche an allen Orten des Freiheitsentzugs – nicht nur in Gefängnisse und Polizeiposten, aber auch in psychiatrischen Kliniken oder während der Ausschaffungshaft für abgelehnte Asylbewerber – Misshandlungen verhindert und Haftbedingungen verbessert werden. Das Protokoll schafft auf globaler Ebene ein solches Besuchssystem, ähnlich dem, das bereits für Europäische Länder existiert. Im neuen System werden die Besuche aber nicht nur von einer internationalen Instanz durchgeführt, sondern vor allem von nationalen Besuchskommissionen, welche die Mitgliedstaaten zu schaffen oder ernennen haben.

Die Schweiz : die grosse Abwesende

Während die Annahme des Protokolls durch die UNO im Dezember 2003 teilweise als ein diplomatischer Erfolg der Schweiz angesehen werden kann, fällt diese nun auf der Liste der 20 ersten Mitgliedstaaten durch Abwesenheit auf. Das Abkommen wurde zwar im Juni 2004 unterzeichnet, aber das Vernehmlassungsverfahren wurde erst Ende 2005, mit etlicher Verzögerung, lanciert. Ausserdem lässt der Gesetzesentwurf, der schliesslich in der Vernehmlassung gegeben wurde, am ernstesten politischen Willen der Schweiz zweifeln: er sieht zwar die Schaffung einer Bundeskommission vor, stattet diese aber nicht mit den notwendigen Mitteln aus, um eine glaubhafte und effiziente Präventionsarbeit leisten zu können.

Obwohl Christoph Blocher im letzten März dem Parlament noch geantwortet hatte, „dass es nicht ausgeschlossen ist, dass die Schweiz das

Fakultativprotokoll als einer der ersten zwanzig Staaten ratifiziert“ und unterstrich, dass „die Schweiz mit der raschen Ratifikation ein wichtiges Zeichen setzen würde“, scheint es heute ausgeschlossen, dass die Ratifizierung noch vor 2007 stattfindet.

Die Umsetzung einer Genfer Idee

Das Fehlen der Schweiz ist umso enttäuschender, da es sich bei diesem Instrument um die Realisierung der Idee eines Schweizers geht. Der Genfer Jean-Jacques Gautier gab Ende der 70er Jahre seinen Beruf als Bankier auf um sich der Abschaffung der Folter zu widmen. Seine Idee präventiver Besuche, inspiriert von der Arbeitsweise des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK), wurde zunächst als utopistisch und naive abgetan, sowohl vom Bundesrat als auch von anderen Regierungen. Nur dank seiner unerschütterlich Überzeugung und Entschlossenheit, und dem unermüdlichen Einsatz der *Association pour la prévention de la torture*, die er geschaffen hat, wird seine Idee fast 30 Jahre später Realität. Martine Brunschwig Graf, die seit dem 9. Juni neue APT-Präsidentin ist: „Es bleibt noch sehr viel zu tun damit die Schweiz ihren Worten Taten folgen lässt und sich die nötigen Mittel gibt um das Protokoll, welches sie unterzeichnet hat, zu ratifizieren und zu respektieren.“

Für zusätzliche Informationen :

Barbara Bernath, APT (Französisch), bbernath@apt.ch; 022.919.21.84
Esther Schaufelberger, APT (Deutsch), esther@apt.ch; 022.919.21.74

Verfügbar für Interviews

- Frau Martine Brunschwig Graf (Französisch, Deutsch), APT-Präsidentin – 079 507 38 00
- Herr Marco Mona (Französisch, Deutsch, Englisch, Italienisch) (**vor dem 20. Juni**), ehemaliger APT-Präsident

Beiliegende Pressemappe

- Liste der 20 Mitgliedstaaten
- Brochure: Häufig gestellte Fragen zum Zusatzprotokoll
- Quelques repères sur l'histoire de la prévention de la torture et de l'APT (en français)
- Frage von Frau Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi vom 16.12.2005 und die Antwort des Bundesrates vom 1. März 2006
- Frage von Frau Nationalrätin Martine Brunschwig Graf und Antwort des Bundesrates vom 13. Mai 2006
- Pressemitteilung von 6 Nichtregierungsorganisationen vom 7. März 2006 (als Reaktion auf die Antwort des Bundesrates vom 1. März)
- „Anti-Folterkonvention: Für effektive Kontrollen fehlt das Geld“. Esther Schaufelberger (APT), in Plädoyer 1/06.